

## Rudolf Bosch

Kultusministerium,  
Stabsstelle Gemeinschaftsschule

**Herr Bosch, Sie fordern schon seit einigen Jahren ein Bildungskonzept, das ein längeres gemeinsames Lernen stärker in den Mittelpunkt rückt. Inwiefern sehen Sie sich mit der Bildungspolitik der grün-roten Landesregierung darin bestätigt?**

Schon in den letzten Jahren hat der Verein Länger-Gemeinsames-Lernen-BW e.V., den wir ins Leben gerufen haben, darauf hingearbeitet, dass dieses Thema auch in der Öffentlichkeit und Politik gehört wird. SPD und Grüne haben diese Initiative begleitet und unterstützt. Deshalb ist es nur folgerichtig, dass sie nun, da sie Regierungsverantwortung haben, diese Forderung ernst nehmen und ihre Bildungspolitik auch danach ausrichten. Mit dem Kabinettsbeschluss zu einem neuen Schulgesetz und damit zur Gemeinschaftsschule ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung getan. Die Gemeinschaftsschule und damit auch längeres gemeinsames Lernen werden kommen, davon war und bin ich überzeugt.

**Herr Bosch, mit ihrer Abordnung ans Kultusministerium sind Sie nun mit verantwortlich dafür, wie sich „Schule“ in Zukunft gestaltet. Worin liegen die Kernpunkte ihrer Arbeit, was liegt Ihnen besonders am Herzen?**

Ich habe zwei Arbeitsschwerpunkte. Einerseits geht es darum, in der Stabsstelle Gemeinschaftsschule den Schulen als „Prozessbegleiter“ zur Verfügung zu stehen. Konkret bedeutet dies, dass ich Schulen, die in Zukunft Gemeinschaftsschule werden wollen, in ihrem Entwicklungsprozess begleite und berate. Dabei geht es etwa um ein schlüssiges pädagogisches Konzept oder um entsprechende Lehrerfortbildungen. Neben konzeptionellen und inhaltlichen

Schwerpunkten in der Schulbegleitung gehört die Aufklärung der Schulträger, dass sind in der Regel die Städte und Gemeinden im Land, auch zu meinem Aufgabengebiet. Dafür bin ich quasi als „Außendienstmitarbeiter“ sehr viel unterwegs. Ich bin für die Regierungsbezirke Karlsruhe und Freiburg, also die Region Südbaden, zuständig. Es geht darum, die Verantwortlichen vor Ort, die Interesse an der Entwicklung einer Gemeinschaftsschule haben, zu beraten, ihnen Vorbehalte und Ängste zu nehmen und die Chancen dieser Schulform für ihren Schulstandort aufzuzeigen. Darüber hinaus ist es meine Aufgabe, als Diskussionspartner präsent zu sein und der Gemeinschaftsschule auch ein „öffentliches Gesicht“ zu geben. Auch diese Arbeit mache ich sehr gerne. Schon in der Zeit als sog. „Hauptschulrebell“ musste ich für meine Sache eintreten. Jetzt mache ich das eben mit öffentlichem Mandat.

**Durch die Einführung der Gemeinschaftsschule ergeben sich neue Chancen und Möglichkeiten für die Kinder und Jugendlichen. Welche würden Sie besonders hervorheben?**

Ich bin der Überzeugung, dass die neue Lernkultur der Gemeinschaftsschule den Schülerinnen und Schülern nützen wird. Die individuellen Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen sollen verstärkt berücksichtigt und gefördert werden. In einer veränderten Unterrichtskultur sollen die Schülerinnen und Schüler selbst Verantwortung für ihre Lernwege und Lernerfolge übernehmen, ihre Fähigkeiten einbringen und dabei ihre Lernfreude bewahren. Durch die größere Selbstverantwortung und Freiräume sollen Motivation und Interesse gestärkt werden. Die Kinder machen vielfältige Lernerfahrungen und schöpfen dabei besonders aus ihren Erfolgserlebnissen Selbstvertrauen. Eine veränderte Fehlerkultur gehört dazu, Fehler oder Schwierigkeiten sollen als Lernchance verstanden werden.

Die Fähigkeit zur Reflexion über eigene Stärken und Schwächen sowie über die eigenen Lernwege ist ebenfalls Bestandteil der Lernkultur einer Gemeinschaftsschule. Im neuen Konzept spielen Zensuren nicht mehr diese dominierende und einzig entscheidende Rolle, es werden neue Formen der Leistungsbewertung an Bedeutung gewinnen, etwa individuelle Kompetenzprofile. Dabei sind Diagnose und Förderpläne wichtige Bausteine der Gemeinschaftsschule, womit sich auch die Lehrerrolle verändern wird. Die Lehrkraft diagnostiziert, erstellt individuelle Förderprogramme, gibt Lernimpulse und begleitet das Kind auf seinem individuellen Lernweg.



*Einst „Hauptschulrebell“ aus Oberschwaben, nun mit offiziellem Mandat für das Kultusministerium in Sachen Gemeinschaftsschule im Einsatz, Rudolf Bosch*

Ein wesentlicher Aspekt der neuen Gemeinschaftsschule ist das längere gemeinsame Lernen. Übrigens, nirgendwo anders als in Deutschland trennt man die Kinder bereits nach der 4. Klasse. Mit dem Modell der Gemeinschaftsschule wird nun auch den internationalen Vergleichsstudien, wie PISA Rechnung getragen. Unter anderem wird darin nachgewie-

sen, dass eine frühe Selektion nach der 4. Klasse die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft weiter verschärft. Wir wollen endlich eine größere soziale Gerechtigkeit erreichen, jeder soll unabhängig von seiner Herkunft die Chance bekommen, seine individuellen Potenziale zu entwickeln und sie auch in entsprechenden Bildungsabschlüssen zu verwirklichen. Gerade im Hinblick auf den prognostizierten und bereits vorhandenen Fachkräftemangel scheint dieser Weg auch notwendig. Auf der Gemeinschaftsschule sind für alle Schülerinnen und Schüler alle Bildungswege offen. Außerdem trifft der Jugendliche die Entscheidung über seinen weiteren Bildungsweg in der Regel erst nach Klasse 10, also auch in einem Alter, in dem er oder sie es auch besser kann!

**Stichwort „Berufsorientierung“. Welchen Stellenwert hat die Berufsvorbereitung bzw. Berufsorientierung im Konzept der neuen Gemeinschaftsschule?**

Die Berufsorientierung und damit die Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen spielt natürlich eine wichtige Rolle. Klar muss aber auch sein, dass Schule nicht ausschließlich dazu dient, den Arbeitsmarkt entsprechend zu bedienen, der Bildungsauftrag der Schule geht weiter. Was die Berufsorientierung an der Gemeinschaftsschule betrifft, sehe ich das Konzept der Werkrealschule als Maßstab. Die Werkrealschulen und die einstigen Hauptschulen haben die Berufsorientierung beziehungsweise die Berufsvorbereitung ja schon früh zu einem ihrer wichtigsten Themen gemacht. Dadurch hat sich ein entsprechendes Know-how entwickelt, auf dem wir an der Gemeinschaftsschule aufbauen wollen. Berufliche Orientierung soll auch im Konzept der Gemeinschaftsschule eine tragende Säule sein.

Die Gemeinschaftsschule bietet parallel verschiedene Bildungsniveaus an und führt zu unterschiedlichen Bildungsabschlüssen. Dies muss auch bei der Berufsorientierung Berücksichtigung finden. Ein Schüler, der einen mittleren Bildungsabschluss machen will und danach in eine berufliche Ausbildung geht, muss anders begleitet und beraten werden als der zukünftige Student. Auch hier gilt es, individuelle Potenziale angemessen zu fördern und entsprechende (Berufs-)Entscheidungen vorzubereiten. Auch in den neuen Bildungsplänen wird das Thema Berufsorientierung aufgenommen, je nach Leistungsniveau und Bildungsabschluss jedoch mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Inhalten. Hier sind ebenfalls die Bildungsstandards von Bedeutung. Diese legen für die unterschiedlichen Leistungsniveaus die entsprechenden Differenzierungen fest.

**Die Gemeinschaftsschule steht für Heterogenität und individualisiertes Lernen. Inwiefern werden diese Kernpunkte bei der Berufsorientierung/Berufswahlvorbereitung der Jugendlichen berücksichtigt?**

Es wurde bereits deutlich, dass individuelle Förderung und Beratung eine wichtige Rolle spielen. Außerdem setzen wir in der Gemeinschaftsschule auf die Zusammenarbeit mit den außerschulischen Experten. Hier sind auch die Betriebe und Fachleute aus der Wirtschaft gemeint. Kooperationen mit Betrieben, etwa im Rahmen von Bildungspartnerschaften sind wichtige Bausteine. Die Gemeinschaftsschule öffnet sich, holt Experten an die Schule und setzt auf deren Professionalität im Hinblick auf Ausbildung und Beruf.

**Lehrkräfte, welche für Berufsorientierung der Jugendlichen zuständig sind, haben eine besondere Orientierungs- und Beratungsfunktion. Wie werden die Lehrkräfte auf die Verän-**

**derungen, welche die Gemeinschaftsschule auch im Bereich Berufsorientierung mit sich bringt, vorbereitet?**

Entscheidend ist doch, die Gemeinschaftsschule braucht qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer in allen Bereichen. Die neue Lehr- und Lernkultur erfordert anders ausgebildete und vorbereitete Lehrkräfte. Die 34 Starterschulen, die ab dem kommenden Schuljahr die Gemeinschaftsschule einführen, arbeiten schon länger an den entsprechenden pädagogischen Konzepten und organisatorischen Rahmenbedingungen. Dazu gehören Lehrtandems, die Arbeit in Lerngruppen, kooperative Lernformen, eine neue Feedbackkultur sowie ein rhythmisiertes Ganztagesangebot oder die flexible Stundentafel.

Die Lehrerinnen und Lehrer dieser Schulen beschäftigen sich intensiv mit diesen neuen Herausforderungen. Das Kultusministerium beziehungsweise das Land Baden-Württemberg statet die Modellschulen mit entsprechenden Ressourcen aus, finanziert etwa die Schulsozialarbeit mit und ermöglicht mit zusätzlichen Deputaten einen geregelten Ganztagesbetrieb.

Neben der organisatorischen Unterstützung werden Fortbildungen, etwa zum individualisierten Lernen, angeboten. Momentan wird von Seiten des Kultusministerium an einem umfassenden Fortbildungskonzept für Lehrkräfte der neuen Gemeinschaftsschule gearbeitet.

Darüber hinaus sollen die Schulen und damit auch deren Lehrkräfte voneinander lernen, die Vernetzung von potenziellen Gemeinschaftsschulen ist ein wichtiger Punkt.

**Grundlage der Berufsorientierung an Schulen waren und sind im Wesentlichen die Bildungspläne der Schularten. Ist mit der Einführung der Gemeinschaftsschule ein neues Konzept zur Berufsorientierung nötig?**

Die Werkrealschule arbeitet bereits mit einem gut durchdachten und praxistauglichen Konzept

zur Berufswegeplanung, welches im Bildungsplan 2010 für die Hauptschule/Werkrealschule verankert ist. Die Gemeinschaftsschule tut gut daran sich auch an bestehenden, erfolgreichen Konzepten zu orientieren.

Im Augenblick gilt für die 34 Starterschulen ein vorläufiger Bildungsplan, der sich grundsätzlich am Leistungsniveau der Realschulen orientiert. Parallel dazu werden Inhalte und Niveaunanforderungen der Hauptschule/Werkrealschule und des Gymnasiums den „Bildungsplan Gemeinschaftsschule“ ergänzen. Alle Niveaustufen sollen entsprechend abgebildet werden. Mit der Bildungsplanreform 2015/2016 soll dieser Prozess abgeschlossen sein. Die Niveaustufen sollen dann miteinander verknüpft, eine einheitliche Fremdsprachenregelung gefunden und die bestehenden Fächerverbünde angepasst worden sein. Ziel ist eine erhöhte Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit an verschiedene Leistungsniveaus und Bildungsabschlüsse. Die neue Gemeinschaftsschule soll eine Schulform werden, welche allen Schülerinnen und Schülern alle Möglichkeiten öffnet. Dabei geht es uns nicht um Egalisierung der Schülerinnen und Schüler, sondern um eine Egalisierung der Bildungschancen.

Berufsorientierung wird in den neuen Bildungsplänen mit einer breiten Basis für alle Schülerinnen und Schüler verankert sein. Differenzierungen ergeben sich aus den unterschiedlichen Leistungsniveaus und angestrebten Bildungsabschlüssen beziehungsweise den zu Grunde liegenden Bildungsstandards.

**Schulträger dürfen jetzt über pädagogische Konzepte entscheiden, vielleicht noch mehr.**

**Wie ändert sich aus Ihrer Sicht die Rolle der Schulträger, also der Städte und Kommunen, mit der Einführung der Gemeinschaftsschule? Sind diese einer neuen Rolle gewachsen?**

In großer Zahl unterstützen die Schulträger, vor allem in den ländlichen Regionen, die Initiativen ihrer Schulen zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule. Sie wollen damit natürlich auch ihre Schulstandorte halten. Die Gemeinschaftsschule darf aber kein neues Etikett für die Werkrealschule werden. Vielmehr soll sie mit einem eigenen pädagogischen Konzept überzeugen, dass die Heterogenität der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt und individuelle Förderung in den Mittelpunkt rückt. Darüber müssen sich Schulträger und Schulen im Klaren sein und sich gemeinsam auf den Weg zur Gemeinschaftsschule machen. Die infrastrukturellen Rahmenbedingungen dafür, wie Schulgebäude, Mensa oder Sportanlagen sind in der Regel vorhanden oder bedürfen oft keiner größeren Investitionen. Ein weiteres Kriterium für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule ist vor allem die heterogene Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler und damit auch entsprechend große Schülerzahlen. Auch das Thema Inklusion gehört zur Gemeinschaftsschule. Wir haben diese Kriterien für alle Beteiligten transparent gemacht. Die Ausarbeitung eines entsprechenden pädagogischen Konzepts mit einer neuen Lern- und Unterrichtskultur hat letztendlich aber eine Schlüsselrolle, was die Realisierung der Gemeinschaftsschule in den Kommunen betrifft.

Insgesamt denke ich, dass die Schulträger wissen, worum es geht und dass sie diesen Herausforderungen auch gewachsen sind. Übrigens, meine bisherigen Eindrücke bestätigen eine äußerst positive Grundhaltung der Städte und Gemeinden gegenüber der Gemeinschaftsschule. Durch die Aufhebung der Schulbezirke sehen sie diese Schulform als Chance, ihren Schulstandort attraktiver zu machen und die Abwanderung von Jugendlichen in Schulen benachbarter Kommunen abzuschwächen. Dabei wird die Qualität des Schulstandorts ausschlag-

gebend sein. Dafür sind in erster Linie die Kommunen und Schulen selbst verantwortlich, wobei das Land Baden-Württemberg natürlich auch Unterstützungsarbeit leisten muss und auch leistet.

**Was würden Sie Schulen und Schulträgern empfehlen, die jetzt verunsichert sind, welchen Weg sie gehen sollen?**

Im ersten Schritt sollten interessierte Schulen und Schulträger sich Informationen zur neuen Schulform einholen. Dafür wurde ja eigens eine Stabstelle „Gemeinschaftsschule, Schulmodelle, Inklusion“ im Kultusministerium eingerichtet, in der auch ich selbst tätig bin. Wir fungieren als Experten für diese Themen und können mit unserer Sachkompetenz zur Information und Aufklärung beitragen. Gerne sind wir bereit Fragen zu beantworten und Unsicherheiten aufzulösen. Dabei gehen wir auf die jeweilige Situation vor Ort ein, mit der Absicht, Schulen und Schulträger adäquat zu beraten.

Neben der Information aus der Stabstelle sind die Schulträger aber auch aufgefordert, ihre Netzwerke untereinander zu nutzen, um sich über die Möglichkeiten der Gemeinschaftsschule auszutauschen. Ich denke da in erster Linie an die Kommunalen Landesverbände, diese bieten dafür eine hervorragende Plattform.

Mittlerweile liegen rund 300 Interessenbekundungen, darunter etwa 50 Anträge für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule auf dem Tisch, 34 davon wurden für das Schuljahr 2012/2013 als Starterschulen ausgewählt. In den Folgejahren sollen dann weitere Gemeinschaftsschulen an den Start gehen. Uns ist die Qualität der Schulkonzepte besonders wichtig, deshalb nehmen wir uns für die Auswahl der Schulstandorte entsprechend Zeit. Denn eines ist sicher, die Gemeinschaftsschule hat nur Erfolg, wenn die Schülerinnen und Schüler von dieser neuen Lernkultur langfristig profitieren.

Wir wollen mit den Modellschulen erste Überzeugungsarbeit leisten.

Allgemein ist uns wichtig, dass das Thema Gemeinschaftsschule in der Öffentlichkeit breit diskutiert wird. Eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der neuen Schulform liegt uns sehr am Herzen. Nur so können Schülerinnen und Schüler, Eltern, Stadt- und Gemeinderäte, aber auch die Wirtschaftsvertreter und andere Beteiligte langfristig davon überzeugt werden, dass die Gemeinschaftsschule mehr ist als eine Alternative zu bisher bestehenden Schulformen. Die Gemeinschaftsschule soll schließlich dort entstehen, wo idealerweise alle Beteiligten von ihrem pädagogischen Konzept und der neuen Schulkultur überzeugt sind.

**Der Verein Schule-Ausbildung-Beruf hat das Ziel, die Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft zu verbessern und Jugendliche von der Schule in Ausbildung und schließlich in Arbeit zu bringen. Im Bodenseeraum, aus dem Sie ja ebenfalls stammen, wird auf diese „Netzwerke“ besonders Wert gelegt.**

**Sie waren lange Zeit Schulleiter der Kuppelnauschule in Ravensburg. Welche Bedeutung haben diese lokalen und regionalen Projekte und Netzwerke für die Schulen und was können sie leisten?**

Meiner Meinung nach zeichnet die Professionalität der Arbeit an einer Schule sich unter anderem auch dadurch aus, dass die Schule sich öffnet und außerschulische Expertise in unterschiedlichen Bereichen in Anspruch nimmt. Die Gemeinschaftsschule soll eine gut vernetzte Schule sein. Hier bauen wir auf die Erfahrungen der Werkrealschule, gerade im Hinblick auf den Übergang Schule-Beruf. Kooperationen mit Betrieben sind ja bereits genannt worden. Betriebliches Know-how kann für die Entwicklung einer Schule gewinnbringend sein, ich denke da etwa an Bereiche wie Personalentwicklung o-

der Qualitätsmanagement. Darüber hinaus geht es darum, für die Schülerinnen und Schüler frühzeitig Kontakte in potenzielle Ausbildungsbetriebe herzustellen, um so möglichst „reibungslose“ Übergänge von Schule in Ausbildung und Beruf vorzubereiten. Vereine wie SAB unterstützen die Schulen dabei und sind erstklassige Netzwerke, wenn es um den Übergang von der Schule in den Beruf geht. Aufgrund der Entwicklung am Arbeitsmarkt und dem existierenden Fachkräftemangel kommt ihnen daher eine sehr wichtige Rolle zu.

**Vielen Dank für dieses Interview!**

Das Interview führte Daniel Schwarz.

---

**Rudolf Bosch**

*Kultusministerium,*

*Stabsstelle Gemeinschaftsschule*

<http://www.kultusportal-bw.de>